

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Xinjiang und Ningxia wollen ausländische Investoren anlocken

Am 15. September begannen in Urumqi, der Hauptstadt der fernwestlichen Autonomen Region Xinjiang, Handelsgespräche über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit dem Ausland. Bei den 10tägigen Gesprächen wurden 93 wirtschaftliche und technische Kooperationsprojekte vorgestellt, in deren Rahmen mehr Technologie und moderne Managementmethoden in die Region gebracht werden sollen.

Auf einer Ausstellung wurden ferner Exportgüter Xinjiangs vorgestellt. Zugunsten der ausländischen Geschäftsleute wurden in der Region Telefone mit Direktwahl-Möglichkeiten installiert; ferner wurde die Zahl der Flüge zwischen Urumqi und Beijing, Guangzhou und Shanghai erhöht (XNA, 6.9.88).

Xinjiang folgt damit dem Beispiel der Autonomen Region Ningxia der Hui-Nationalität, die am Mittel- und Oberlauf des Huanghe in Nordwestchina liegt und mit nur 4 Millionen Menschen eine der dünnstbesiedelten Regionen der Volksrepublik ist.

Ningxia, das ein reiches Potential an Kohle-, Phosphat-, Gips-, Schwerspat-, Quarzit-, Ton- und Silikatvorkommen besitzt und im übrigen über eine solide Landwirtschaftsbasis (Reis- und Weizenanbau, Viehzucht) verfügt, hat bereits 1985 damit begonnen, sich direkt an das Ausland zu wenden, wobei islamische Länder als Adressaten im Vordergrund stehen. Zu diesem Zweck wurde die Gesellschaft für Internationale Wirtschaftliche und Technische Zusammenarbeit zwischen Ningxia und den islamischen Ländern (NIETC) und die Internationale Ningxia-Islam Treuhandgesellschaft (ITICNC) gegründet.

Die Aufgabe der NIETC besteht in der vertraglichen Übernahme von ausländischen Bauaufträgen und in der Zusammenarbeit mit dem Ausland bei der Vermittlung von Arbeitskräften, bei der Herstellung von Joint Ventures sowie bei Kompensations-, Technologietransfer- und Leasinggeschäften. Die Gesellschaft besitzt z.Zt. (1988) sechs Vertretungen im Ausland, drei davon in Ägypten. Seit Januar 1986 hat sie insgesamt fünf Bauprojekte in Ägypten, Thailand und Kuwait vertraglich übernommen und zwei Joint Ventures in Ägypten errichtet, von denen eines auf Glasverarbeitung spezialisiert ist. Hierbei übernahm die ägyptische Seite 75%, die chinesische (Ningxia-)Seite 25%.

Die andere Gesellschaft, die ITICNC, zielt darauf ab, ausländisches Kapital aufzunehmen, Treuhand- und Investitionsaufträge von ausländischen Investoren auszuführen, im In- und Ausland Joint Ventures und Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapital zu gründen, Kredite zu vergeben, Technologie zu transferieren, Leasinggeschäfte zu betreiben, Garantien zu übernehmen u.dgl. Die Gesellschaft hat inzwischen mit der "Faisal Islamic Bank of Egypt" ein Abkommen paraphiert, das die Einrichtung einer Internationalen Ningxia-Faisal-Islam-Investitions-gesellschaft beinhaltet, die ihren Sitz in der Sonderwirtschaftszone Xiamen haben soll. Ferner hat die Gesellschaft mit der Australischen Nationalbank ein Abkommen über Handelskredite im Werte von 10 Mio. US\$ unterzeichnet, von denen die Hälfte dem Buntmetallhüttenkombinat Ningxia zur Verfügung gestellt wird. Das Kombinat soll damit in die Lage versetzt werden, technisches Know-how und Anlagen für die Produktion von Kondensatoren aus den USA einzuführen. 1988 unterhielt die Gesellschaft Geschäftsverbindungen zu über fünfzig Banken sowie Industrie- und Handelsunternehmen islamischer Länder sowie 19 weiterer Länder nichtislamischer Provenienz, u.a. japanischen, deutschen und amerikanischen Banken.

Am besten bewährt haben sich bisher die Bauteams aus Ningxia, die - aus zentralasiatischen "Wüstensöhnen" zusammengesetzt - Strapazen aushalten können, und die deshalb besonders für den Einsatz in Ländern wie Ägypten oder Jemen geeignet sind. Wenig Glück andererseits hatte Ningxia bisher mit seinen Joint Ventures. Von den drei Gemeinschaftsunternehmen in der Autonomen Region ist das erste bereits wieder aufgelöst worden, das zweite steht kurz vor dem Bankrott und das dritte erwirtschaftet nur kümmerliche Gewinne. Hauptgrund dafür sind die ungünstigen Verkehrsbedingungen im abgelegenen Ningxia und der Mangel an Fachkräften.

Die Autonome Region will deshalb künftig eine Politik der Doppelöffnung betreiben, nämlich einerseits hin zu den chinesischen Küstenstädten und andererseits hin zum Ausland. Im Oktober 1987 veranstaltete Ningxia nationale Verhandlungen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, wobei es zum Abschluß von 275 Verträgen mit innerchinesischen Betrieben kam. Was das Ausland anbelangt, so hat sich inzwischen die Weltbank bereiterklärt, Ningxia einen Kredit von 40 Mio. US\$ zu gewähren, mit dessen Hilfe die Kommunikation verbessert werden soll (BRu 1988, Nr.5, S.10-14).

Trotz dieses durchwachsenen Erfolgsbildes scheint Ningxia für andere Autonome Regionen Chinas zu einer Art Vorbild geworden zu sein. Zumindest ist dies bei Xinjiang der Fall! -we-

*(2) Beijinger Exportmesse in Köln eröffnet

Am 12.9., d.h. dem 1. Jahrestag des Partnerschaftsabkommens zwischen Köln und Beijing, wurde in Köln die Beijinger Exportmesse eröffnet, die Produkte von 18 Beijinger Firmen ausstellte, darunter Textilien, Pelze, Kunstgewerbeartikel, Schmuck, Porzellan, Chemikalien, Metalle, Radios, Fernseher, Medikamente, Feuerwerksartikel, Kleidung, Nahrungsmittel usw.

Der Bürgermeister von Köln, Norbert Burger, besuchte die Messe und gab seiner Hoffnung nach weiterer Zusammenarbeit der Partnerstädte Ausdruck (XNA, 12.9.88). -we-

***(3)
Deutsch-chinesische Weltraumfor-
schung**

Nach acht Tagen Erdumkreisung in einer Höhe von 200 km kehrte am 13.8.1988 eine von einer chinesischen Rakete ("Langer Marsch II") in den Weltraum geschossene Nutzlast des deutschen Raumfahrtunternehmens MBB/Erno wieder auf die Erde zurück - und zwar mit Hilfe eines Fallschirms über chinesischem Territorium.

In der Kapsel befanden sich 104 Versuchsobjekte von zwanzig Wissenschaftlern, die den Kristallisationsprozeß von Protein bei Schwerelosigkeit erforschen sollten, um neue Möglichkeiten für die Herstellung von Interferon - eines Mittels zur Krebsbekämpfung - sowie von anderen Medikamenten zu erschließen.

Die Kosten für den Start des Satelliten durch die chinesische Rakete beliefen sich auf 700.000 DM - ein Preis, der weit unter dem der Konkurrenz lag. Wie das deutsche Unternehmen bekanntgab, wurde für das Jahr 1989 ein weiterer Startauftrag an den chinesischen Partner erteilt (XNA, 13.8.88). -we-

***(4)
Zwei chinesische Staatsangestellte in
Hamburg ermordet**

Am 13. September 1988 wurden Li Tioxiong, stellvertretender Geschäftsführer der in Hamburg ansässigen volkseigenen "Chang Cheng-Teppich GmbH" und ein weiterer Angestellter dieser Firma, Zhang Yinqin, in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Umstände des Verbrechens (die Opfer waren so gefesselt worden, daß sie sich in dem Augenblick, da die Kräfte nachließen, selbst die Kehle zuschnürten) zeigen ein in Europa bisher nicht gekanntes Verfahren, das jedoch andererseits für chinesische Triaden typisch ist. Möglicherweise haben die beiden Toten sich geweigert, "Schutzgebühren" zu zahlen. Die Herkunft der Mörder ist unbekannt. Spekulationen, ob sie von Hongkong oder Amsterdam oder von den USA aus operieren, werden sich wohl nie verifizieren lassen, da in allen Triaden Schweigsamkeit oberstes Gebot ist, dessen Nichtbeachtung qualvolle Hinrichtungen nach sich zieht. Die Triaden sind Nebenzweig einer langen Geschichte der Geheim-

gesellschaften, die in China bis in die Anfänge der geschriebenen Geschichte zurückreichen. Im traditionellen China waren sie die wesentliche und im Grunde einzige Form des Protestes der Bauern gegenüber der Willkür von Beamten und Grundbesitzern. Im 19. Jhd. wurden die damals verbliebenen Geheimgesellschaften von der Obrigkeit in zwei Kategorien eingeteilt, nämlich in religiöse Vereinigungen (jiaomen), die eine bestimmte religiöse Lehre verkündeten, und in die weitaus gefährlicheren politisch-sozialen Oppositionsgruppen (huidang). Die Jiaomen, die die Tradition der Weiße-Lotos-Sekten aus dem 14. Jhd. fortführten, waren im wesentlichen in Nordchina verbreitet, während die Huidang fast durchwegs südlich des Yangzi zu Hause waren. Sie traten unter Sammelnamen wie "Gesellschaft des Himmels und der Erde" (tiandihui), "Drei Harmonien" (sanhehui) oder "Allumfassende Familie" (hongjiahui) auf und wurden von westlichen Ausländern wiederum unter der allgemeinen Bezeichnung "Triaden" zusammengefaßt, wobei die Vorstellung der Dreieinigkeit von Himmel, Erde und Mensch wortprägend wirkte. Die Huidang rekrutierten sich häufig aus entlassenen Soldaten, aber auch aus entwurzelten Bauern und waren stets lokal vernebelt, d.h., sie konnten nie ein gesamt nationales Netz bilden.

Sie beteiligten sich besonders intensiv am Kampf gegen die Qing-Dynastie, begleiteten später chinesische Auswanderer nach Südostasien und in andere Regionen der Welt, wobei sie deren Schutz übernahmen, und sie entwickelten sich häufig auch zu Organisationen des Gangstertums. Dieser Abstieg hing hauptsächlich mit dem Verlust ursprünglicher Funktionen zusammen, die vor allem in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jhdts. von politischen Gruppen, Parteien und Gewerkschaften übernommen wurden. -we-

***(5)
China baut im Iran ein Kraftwerk**

Die Beziehungen zwischen China und Iran waren immer schon gut - sei es nun zur Zeit des Schahs oder aber später zur Zeit Khomeinis. Dies zeigte sich einerseits darin, daß der frühere Ministerpräsident Hua Guofeng das letzte ausländische Staatsoberhaupt war, das dem schon fluchtbereiten Schah noch einen Besuch abstattete,

ferner aber auch darin, daß China den Truppen Khomeinis Waffen lieferte, u.a. die bekannten Seidenraupen-Raketen, die beim Öltankerkrieg eine so brisante Rolle spielten.

Am 5. September wurde nun ein chinesisches-iranischer Vertrag über den Bau eines 500-MW-Dampfkraftgenerators in der Provinz Gilan am Kaspischen Meer unterzeichnet. Das Projekt umfaßt vier 125-MW-Einheiten; der Bau soll im Spätherbst begonnen werden, wobei eine Bauzeit von rd. 54 Monaten vorgesehen ist. -we-

***(6)
Berührungsängste gegenüber den in-
nenpolitischen Vorgängen in Birma**

Jahrelang hatte China in Birma Unterstützungshilfe für verschiedene Aufständischengruppen geleistet und damit bei der Führung in Rangun Mißtrauen ausgelöst. Höhepunkt dieser Politik war 1966/67 der Aufstand von auslandschinesischen Rotgardisten in Rangun.

Von dieser Einmischungspolitik hat sich vor allem das reformerische China seit langem distanziert. Häufige gegenseitige Besuche dienen gegenseitigen Freundschaftsbeteuerungen und sind nicht zuletzt als Beschwichtigung gegenüber der birmanischen Führung gedacht.

Weil man in Beijing weiß, wie empfindlich Birma auf alle Interventionen des nördlichen Nachbarn reagiert, behandelt man in der eigenen Presse die birmanischen Unruhen mit Glacéhandschuhen. Nur 18 Tage nach der Machtübernahme habe der Vorsitzende der regierenden Birmanischen Sozialistischen Programmpartei und Präsident Birmas, U Sein Lwin, sein Amt ausüben können, nachdem er am 26. Juli die Nachfolge Ne Wins angetreten hatte. "Obwohl er behauptete, eine Politik der Wirtschaftsreform einleiten zu wollen, waren die Menschen mit U Sein Lwin nicht zufrieden, insbesondere die Studenten, die wegen seiner Rolle bei der Unterdrückung der Unruhen während der 26jährigen Herrschaft seines Vorgängers Ne Win aufgebracht waren." (XNA, 14.8.88) Sodann berichtet Xinhua über die Erschießung von rd. 100 Demonstranten und über die Verhaftung von rd. 1.000 Personen. Der Rücktritt U Sein Lwins habe zur "Minderung der gegenwärtigen Spannungen beigetragen". "Beob-

achter" seien der Ansicht, Birma könne nur dann seine gegenwärtigen Schwierigkeiten loswerden, wenn die neue Führung mit den Problemen angemessen umgehe und vor allem adäquate wirtschaftliche Reformen anpacke sowie die Demokratie fördere.

China und Birma pflegten gutnachbarliche Beziehungen. Das chinesische Volk hoffe, daß sich die Lage in Birma bald stabilisiere.

Fast gleichzeitig mit Meldungen dieser Art wurde bekanntgegeben, daß am 1. Oktober der Grenzhandel zwischen Birma und China aufgenommen werde und dann auch von Privatunternehmern betrieben werden könne (XNA, 9.8.88). Jeder Birmane, der Waren im Werte von 100 K exportiere, erhalte die Erlaubnis, im Gegenzug Waren im Werte von 50 K einzuführen (der amtliche Wechselkurs beträgt 6 K pro US\$, der Schwarzmarktkurs aber liegt bei 40 K für 1 US\$). Das Abkommen über Grenzhandel wurde zwischen der Myanama Export- und Importgesellschaft und der chinesischen Import- und Exportgesellschaft der Provinz Yunnan geschlossen.

Auch die beiderseitigen Grenzstreitigkeiten sind entschärft worden. Zu diesem Zweck war bereits 1984 eine gemeinsame chinesisch-birmanische Grenzinspektionskommission eingerichtet worden, die im Dezember 1984 zum ersten Mal zusammenkam und am 7. November ein Inspektionsprotokoll unterzeichnete, in dem man sich über einen Teil der Grenze einigte (XNA, 12.11.86).

Bereits 1960 waren einige Areale aufgrund diplomatischer Verhandlungen abgegrenzt worden (XNA, 25.3.87). Die Kulturrevolution freilich brachte hier Mißklänge mit sich, die erst neuerdings nicht mehr zu hören sind. Zwischen beiden Ländern kommt es wieder zu einer Diplomatie des Lächelns. -we-

*(7)

Drei Prinzipien für den Export chinesischer Militärgüter

Am 8.9. gab ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Beijing Grundsätze für den künftigen chinesischen Waffenexport bekannt: (1) Export nur zu Verteidigungszwecken; (2) der Export militärischer Erzeugnisse solle der Aufrechterhaltung und

Förderung des Friedens, der Sicherheit und Stabilität in den betreffenden Gebieten dienen; (3) China wird die Waffenausfuhr niemals dazu benutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten des Empfängers einzumischen (XNA, 8.9.88). Chinas Waffenexport sei quantitativ begrenzt und im Vergleich zu einigen Ländern unbedeutend. Im übrigen sei die Ausfuhr von Rüstungsgütern eine "normale Handelsaktivität". Ob sich mit den drei obigen Grundsätzen auch die Lieferungen von "Seidenraupen"-Raketen in die Golfregion vereinbaren lassen? -we-

Innenpolitik

*(8)

10. Plenarsitzung des Politbüros beschließt Beibehaltung des zweigleisigen Preissystems

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trät vom 15. bis 17. August im Seebad Beidaihe zu seiner 10. Plenarsitzung zusammen, um einen "Vorläufigen Plan für die Preis- und Lohnreform" zu diskutieren und "im Prinzip" zu verabschieden. Das Politbüro beschloß außerdem, im September 1988 eine Arbeitskonferenz des Zentralkomitees und danach die 3. Plenartagung des XIII. ZK einzuberufen. Zentrale Aufgabe dieser beiden Konferenzen sollen die Diskussion und Verabschiedung eines endgültigen Plans für die Preis- und Lohnreform sein. (RMRB, 19.8.88)

Der 10. Plenarsitzung des Politbüros war eine Serie von informellen Konferenzen über das weitere Vorgehen bei der Wirtschaftsreform vorhergegangen. Der Beschluß, einen "systematischen Plan" für die Preis- und Lohnreform auszuarbeiten, war auf der 9. Plenarsitzung des Politbüros am 1. Juni 1988 gefaßt worden (siehe C.a., Juni 1988, Ü 8). Auf dieser Sitzung hatte sich das Politbüro dem Vorschlag Zhao Ziyangs angeschlossen, durch weitere Reformen am politischen und wirtschaftlichen System schrittweise "eine neue Ordnung der sozialistischen Warenwirtschaft" zu etablieren. Zu diesem Zweck hatte Zhao u.a. eine weitergehende Preisreform zum frühestmöglichen Zeitpunkt gefordert. Das Politbüro nahm diesen Vorschlag von Zhao zwar auf, koppelte ihn aber

mit der Forderung nach einer gleichzeitigen Lohnreform. Darüber hinaus verlangte die Politbüro-Mehrheit zunächst "umfangreiche Überlegungen und einen systematischen Plan" zur Lohn- und Preisreform. Hierfür wurde eine informelle Preiskommission unter Leitung des konservativen Planungschefs Yao Yilin eingesetzt (ebenda).

Der unter der Verantwortung von Yao Yilin erarbeitete vorläufige Plan wurde am 11. Juli 1988 auf einer von ZK-Generalsekretär einberufenen Sonderkonferenz diskutiert. Danach scheint der Planentwurf Gegenstand mehrerer informeller Sitzungen und Konferenzen im Seebad Beidaihe gewesen zu sein, so u.a. auch einer Arbeitskonferenz vom 20. bis 28. Juli 1988, auf der sehr unterschiedliche Positionen vorgebracht wurden (siehe C.a., Juli 1988, Ü 10). Schließlich wurde der Plan für die Preis- und Lohnreform unter der Leitung von Ministerpräsident Li Peng auf der 16. Sitzung der Ständigen Konferenz des Staatsrats vom 5. bis 9. August diskutiert (RMRB, 19.8.88), bevor er dann vom Politbüro auf seiner 10. Plenarsitzung vom 15. bis 17. August beraten und im Prinzip angenommen wurde.

Der vom Politbüro im Prinzip verabschiedete vorläufige Plan für die Preis- und Lohnreform wurde vom ZK-Organ *Volkszeitung* nicht im Wortlaut veröffentlicht. Dem Bericht der *Volkszeitung* zufolge ist der Plan wie folgt gegliedert:

- Über die Notwendigkeit der Preis- und Lohnreform.
- Die Hauptprinzipien, an denen sich die Reform auszurichten hat.
- Der Rahmenplan für die Reform in den Jahren 1989 bis 1993.
- Der vorläufige Plan für die Reform im Jahre 1989.
- Die Hauptrisiken bei der Verwirklichung der Reform und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen.
- Die für die Reform notwendigen flankierenden Maßnahmen. (RMRB, 19.8.88)

Über "Hauptrichtung der Preisreform" faßte das Politbüro folgenden Beschluß: "Die Preise einiger weniger (strategisch) wichtiger Waren und die Arbeitslöhne müssen [wie bisher] vom Staat festgesetzt [guanli] werden, während die Preise für die große Mehrheit der Waren freigegeben und durch den Markt bestimmt werden, um den (bestehenden) Preisbildungsmechanismus